

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT LEONBERG

Herrn Oberbürgermeister
Bernhard Schuler
Stadt Leonberg

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Gemeinderat Leonberg**

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Leonberg, 07.11.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,

Für den Haushalt 2018 bringt die Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* folgende **Anträge** ein:

Antrag:

Grundsätzlich wird die Stadtverwaltung aufgefordert, zu allen nicht-kostenwirksamen Anträgen aller Fraktionen spätestens im Februar 2018 eine Stellungnahme vorzulegen und in den Ausschüssen zu behandeln.

Begründung:

Im abgelaufenen Jahr wurden die Ausschüsse erst im Lauf des Jahres mit den Stellungnahmen der Verwaltung konfrontiert, wobei einige der Antworten zu diesem Zeitpunkt schon längst überholt waren. Der Gemeinderat als Gremium hat ein Recht darauf, dass Anfragen und Anträge „binnen angemessener Frist“ bearbeitet bzw. beantwortet werden. Auch im Sinne der vielzitierten Sitzungsökonomie ist eine Besprechung längst überholter Stellungnahmen im Ausschuss eine Zumutung aller Beteiligten.

Sebastian Werkke

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungen für die Einführung einer 4. Reinigungsstufe in der Kläranlage Mittleres Glemstal vorzunehmen.

Begründung:

Die Eliminierung von Phosphor aus dem Klärschlamm ist ein zentraler Baustein der europaweiten umweltpolitischen Ziele. So hat aktuell die Stadt Renningen ein vom Bundesumweltministerium gefördertes Verfahren zur Reduktion des Klärschlammes auf unter 10% der ursprünglichen Menge installiert. Gleichzeitig kann auch eine Rückgewinnung des im Klärschlamm befindlichen lebenswichtigen und auf der Erde nur begrenzt vorkommenden Phosphors erreicht werden.

Die Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden/Sinsheim plant selbstproduzierte Pflanzenkohle anstatt der Standard-Aktivkohle für die vierte Reinigungsstufe einzusetzen. Der neue Ansatz ermöglicht es, die Pflanzenkohle direkt in den Abwasserstrom der Kläranlage hinzuzugeben. Dadurch entfallen Kosten für teure und aufwendige Absetzbecken, welche für die Standard-Aktivkohle Einbringung notwendig sind.

Zu prüfen wäre es, ob die in der Leonberger Vergärungsanlage produzierte Biokohle für die 4. Reinigungsstufe in der Kläranlage Mittleres Glemstal einsetzbar ist.

Dr. Bernd Murschel

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der weiteren Planung für das Neubaugebiet Jahnstraße eine nachhaltige Energieversorgung festzuschreiben.

Begründung:

Eine nachhaltige Energieversorgung mit einer modernen, effizienten Wärme- und Stromversorgung, z.B. durch ein Nahwärmenetz, Blockheizkraftwerk durch die Stadtwerke Leonberg / LeoEnergie ermöglicht zukunftsweisendes Wohnen und verbreitert das Geschäftsmodell der Stadtwerke Leonberg / LeoEnergie.

Klaus Wankmüller

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei einer Neubeschaffung oder Leasing, im Falle dass der Bedarf nicht durch Carsharing gedeckt werden kann, von Kraftfahrzeugen allgemeiner Art, v.a. PKW, nur noch Fahrzeuge mit Elektroantrieb auszuwählen.

Begründung:

Die Stadt Leonberg hat eine Vorbildfunktion für alle Bürger und Mitarbeiter, um die Wende in der Mobilität zu unterstützen. Außerdem sind Fahrzeuge mit Elektroantrieb in den laufenden Kosten günstiger als herkömmliche Fahrzeuge.

Dr. Bernd Murschel

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zukünftig bei den Beschäftigten der Stadt vermehrt für die Nutzung des Carsharing zu werben, um auf Dauer die Voraussetzungen zu schaffen für eine Reduzierung des eigenen Fuhrparks.

Begründung:

Angesichts der von allen Seiten beklagten schwierigen Verkehrssituation in Leonberg, mit stockendem Verkehrsfluss, starken Lärmemissionen, hohen Luftschadstoffwerten, Parkraumnot u.a.m., kommt der Stadtverwaltung nicht zuletzt eine Vorbildfunktion zu, dass die individuelle Nutzung eines eigenen PKW immer mehr zur schlechteren Mobilitätsvariante wird gegenüber anderen Alternativen. Auch im Leonberger Stadtbild sollten die Fahrzeuge von Stadtmobil zur Normalität gehören, wozu dienstliche Fahrten der kommunalen Beschäftigten beitragen können.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Der Ansatz zur Anschaffung von zwei Pedelecs (TH 02, PB 12, 1220, G1220001) wird auf den Betrag von 10.000 Euro aufgestockt, um ggf. weitere Pedelecs zu beschaffen, die an verschiedenen Standorten der Stadtverwaltung (z.B. neues und altes Rathaus, Baubetriebshof, Schwimmbäder, Bürgerzentrum, Stadthalle, Feuerwache, Ortsverwaltungen Höfingen/Gebersheim/Warmbronn) stationiert werden können, um so mehr Beschäftigten die Möglichkeit zur Nutzung der Fahrräder zu verschaffen.

Begründung:

Auch hier geht es u.a. um die Vorbildfunktion der städtischen Beschäftigten, wenn die Verkehrswende in Leonberg gelingen soll. Viele der innerstädtischen Wege können effizienter zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden, da nicht nur der alltägliche Stau umgangen bzw. umfahren werden kann, sondern man so meistens direkt am Ort des Geschehens parkieren kann. Im Haushaltsplan ist ein fünfstelliger Betrag u.a. für die Gesundheitsförderung vorgesehen. Die Bewegung an der (relativ frischen) Luft in der Arbeitszeit ist ein kostenarmer Beitrag zur Gesundheitsförderung, der direkt bei der Verrichtung der Arbeit geleistet werden kann. Nur mit einer ausreichend großen Zahl von Pedelecs kann ein tatsächlich wirksamer Schub der mobilen Gesundheitsförderung erreicht werden.

Sebastian Werbke

Antrag:

In der Garage des neuen Rathaus werden fünf Parkplätze umgewandelt in Fahrradstellplätze, die sowohl von den stadt eigenen Pedelecs genutzt werden können, v.a. aber auch von den Beschäftigten, die mit dem Fahrrad zu ihrer Arbeitsstätte kommen.

Begründung:

Bei der Planung der Tiefgarage wurde offensichtlich nicht darauf geachtet, dass in dem einen zentralen Rathaus eine Vielzahl Beschäftigter, die vorher dezentral tätig waren, gerne mit dem Fahrrad zur Arbeitsstelle kommen (würden). Um auch hier die nachhaltige Mobilität der städtischen Angestellten zu unterstützen und als attraktiver Arbeitgeber in einem lt. städtischer Personalabteilung (vgl. DS 2017/236 n.ö.) immer schwierigerem Umfeld bestehen zu können, sind vielfältige Aktivitäten notwendig, die Interessen (potenzieller) Beschäftigter zu berücksichtigen.

Sebastian Werbke

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, im Rahmen der Zusammenarbeit in der AG Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) alle Möglichkeiten zu prüfen, wie für die Beschäftigten eine Option zur Unterstützung bei der Beschaffung eines Fahrrades geschaffen werden kann.

Begründung:

Immer mehr Arbeitgeber (z.B. die Sozialstation Leonberg) schaffen für ihre Beschäftigten die Möglichkeit, in Form einer Entgeltumwandlung ein Fahrrad steuerlich begünstigt zu erwerben. Dies kann für die Kommune nicht nur ein Beitrag zur Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber sein. Zugleich ist es ein Bestandteil der Gesundheitsförderung der Beschäftigten wie auch ein kleiner Beitrag für eine Verkehrswende in Leonberg.

Sebastian Werbke

Antrag:

Im Haushalt werden für ein zu etablierendes Fahrradverleihsystem 25.000 Euro bereitgestellt, um neben dem beschlossenen regionalen Mobilitätspunkt am S-Bahnhof mit einer solchen Leihstation weitere Stationen in der Stadt parallel einrichten zu können.

Begründung:

In der Sitzung der Kommission für nachhaltige Mobilität im Oktober dieses Jahres wurde nach der Vorstellung der einzelnen Aspekte des am S-Bahnhof mit Fördergeldern des Regionalverbands entstehenden Mobilitätspunkts in der Diskussion deutlich, dass sich die Kommissionsmitglieder weitgehend einig darin waren, dass neben einem Verleihort am Bahnhof das System wesentlich besser angenommen werden würde, wenn in der Stadt weitere Stationen eingerichtet würden. In der Diskussion waren neben dem neuen Gewerbegebiet Leo-West der Neuköllner Platz, der Marktplatz aber auch das Kino Traumpalast.

Es ist in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob bei den laufenden Kosten eine Kooperation zwischen Kommune und privaten Unternehmern erreicht werden kann.

Sebastian Werbke

Antrag:

Die 2013 vom Gemeinderat einstimmig im Radverkehrskonzept vorgesehenen Maßnahmen mit höchster Priorität werden nun endlich dementsprechend umgesetzt. Hierfür wird ein zusätzlicher Betrag von 100.000 Euro im Haushalt eingeplant.

Begründung:

Besonders im Bereich des Neuköllner Platzes, entlang der Brennerstraße sowie auf der Achse Leonberger – Eltinger – Straße kann mit einem sicherlich überschaubaren Mitteleinsatz für einen stetig wachsenden Anteil an Radfahrern mehr Sicherheit im Verkehr erreicht werden. Ohne, dass es weiterer Untersuchungen bedarf, kann das bestehende Konzept zeitnah den seinerzeit erwarteten Beitrag zur Verkehrswende in Leonberg leisten.

Einen Anteil zur finanziellen Deckung dieses Antrags kann die Verschiebung von Sanierungsmaßnahmen in der Stohrerstraße bilden, nachdem hier für die nächsten Jahre durch die geplante Bebauung in der Marienstraße weitere Baufahrzeuge unterwegs sein werden. Zudem muss hier die Idee des Radverkehrskonzepts diskutiert werden, worin diese Straße als mögliche Fahrradstraße aufgeführt ist.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Im Haushalt werden 50.000 Euro eingeplant für die Entwicklung einer Leo-App „Schnelle Füße – kurze Wege“, in welcher die Ziele und Möglichkeiten fußläufiger Strecken besonders hervorgehoben werden.

Begründung:

Die kompakte Lage des Zentralorts ist ideal geeignet, um viele Wege in der Stadt zu Fuß zu erledigen. Nicht immer sind alle Verbindungen offensichtlich und Menschen, die heute vor allem motorisiert unterwegs sind, werden den Reiz der Fußstrecken kaum kennen. Zugleich könnte in dieser App der Schulwegeplan integriert werden, der alljährlich zum Schuljahresbeginn im Amtsblatt veröffentlicht wird. Die Anbindung von Spiel- und Bolzplätzen an das Fußwegenetz könnten ebenso Inhalte sein wie der schnellste Weg zur nächsten Haltestelle des ÖPNV (wie es sich in Projekten wie moovel oder moveBW findet). Leonberg könnte mit einer solchen App für nachhaltige Mobilität perspektivisch auch andere umweltfreundliche Fortbewegungsmöglichkeiten innovativ seinen BürgerInnen und Gästen vermitteln.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Die Stadtverwaltung bzw. die Stadtwerke wird beauftragt, schon jetzt eine Buslinie zu konzipieren, welche das neue Quartier an der Jahnstraße mit dem neuen Gewerbegebiet Leo-West über die Stadtmitte verbindet.

Begründung:

An den beiden Endstationen werden sich in den nächsten Jahren viele neue potenzielle Kunden für innerstädtische Angebote ansiedeln bzw. dort Zeit verbringen. Um von vorneherein eine stadtverträgliche Mobilität zu ermöglichen, ist es wichtig, dass schon mit dem Start der beiden neuen Siedlungsorte ein verlässliches Angebot vorgehalten wird, um die zentral in Leonberg relevanten Institutionen zu erreichen. Mit einer solchen Busverbindung kann ggf. auch das Gebiet Ezach (III) besser angebunden werden. Und neuen BewohnerInnen in der Stadtmitte (Layherareal) wird ein Angebot gemacht, einen Arbeitsplatz im Gewerbegebiet leicht zu erreichen. Die frühzeitige Planung einer solchen zusätzlichen Buslinie ist auch insofern vorteilhaft, weil so in der Öffentlichkeit langfristig Aufmerksamkeit für das neue Angebot erzeugt werden kann.

Sebastian Werbke

Antrag:

Für Projekte des Jugendforums werden 100.000 Euro im Haushaltsplan eingestellt, um kurzfristig noch innerhalb des laufenden Jahres Anregungen aus dem Jugendforum umsetzen zu können.

Begründung:

In der Vergangenheit wurden nach dem Jugendforum mit den engagierten Jugendlichen in mancherlei Arbeitsgruppen ihre Themen bearbeitet. Dann fehlte allerdings in der Regel eine Haushaltsstelle, wo sich ein Budget fand, um teilweise wenig kostspielige Anregungen umzusetzen (z.B. WLAN-Stadtpark, Planungsrate Jugendplatz im Stadtplatz). Da für die Jugendlichen Zeiträume wesentlich anders erlebt werden, als für die älteren Bevölkerungsgruppen, entsteht so leicht Unverständnis und Frustration, dass die Stadt die Anliegen doch gar nicht aufgreife. Mit einem finanziellen Sicherheitspolster besteht die Möglichkeit, einzelne Themen umzusetzen und der Verärgerung über „die Politik“ Einhalt zu gebieten.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Zum Thema Breitband / Glasfaserausbau: Leonberg - High Speed! stellen wir folgende Anträge:

- Für die Erstellung eines Masterplans werden im Haushaltsplan 70.000 Euro eingestellt.
- Die Erstellung des Masterplans wird ausgeschrieben
- Die Stadtverwaltung möge den Vorschlag der Glasfaser-Initiative Leonberg prüfen, im Gewerbegebiet Leo-West einen Netzbetrieb durch die Stadtwerke bzw. durch die Leo Energie GmbH & Co. KG zu starten. Bei Bedarf müssen hierzu weitere Experten hinzugezogen werden.

Begründung:

Derzeit baut die Telekom in Leonberg das Glasfasernetz aus. Dies ist zwar ein erster Schritt, wird aber allein nicht ausreichen, um mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Dazu sind weitere Maßnahmen auch durch die Stadt Leonberg erforderlich. Denn durch den Ausbau der Telekom werden nur Haushalte nahe der Verteilerkästen überhaupt die Chance erhalten, 100 MBit Übertragungsrate zu erreichen. Dass es hier so viel Handlungsbedarf gibt, ist kein alleiniges Verschulden der Stadt Leonberg, sondern auch der Bundespolitik, die bezüglich des Ausbaus der Digitalstruktur hinterher hinkt. Um Leonberg attraktiv für Firmen und Privatpersonen zu halten, werden in Zukunft höhere Übertragungsraten erforderlich sein, die mit der Kupferteknologie von den Verteilerkästen zu den Haushalten nicht zu erreichen sind. Hier bedarf es der Erstellung eines Masterplans. Dazu werden die restlichen Fördermittel nicht ausreichen, daher müssen weitere Mittel in den Haushaltsplan eingestellt werden. Die Vergabe der Erstellung eines Masterplans soll ausgeschrieben werden.

Im neuen Gewerbegebiet West könnte wie von der Glasfaser Initiative vorgeschlagen ein erster Test für einen Netzbetrieb durch die Leo Energie oder Stadtwerke stattfinden. Dies würde Rückschlüsse auf eine mögliche weitere Umsetzung im Stadtgebiet bieten. Bei Bedarf müssen hierfür weitere Experten hinzugezogen werden.

Birgit Widmaier

Antrag:

Die Stadtverwaltung möge die Verlängerung der Buslinie 747 nach Renningen prüfen und diesbezüglich bei Kreis und Region vorstellig werden.

Begründung:

Um die Verkehrsbelastung in der Region Stuttgart zu senken, müssen weitere attraktive Möglichkeiten des ÖPNVs geschaffen werden. Ein Ansatz hierbei ist die „Querspangen“ Funktion, die z.B. auch der Relex Bus X60 zum Flughafen oder die S60 erfüllen. Diese Linien führen nicht durch das Zentrum von Stuttgart und entlasten dort die zentralen Knotenpunkte, die mit Kapazitätsproblemen zu kämpfen haben.

Die Buslinie 747 erfüllt diesen geforderten Querspangen-Effekt bereits. Diese Funktion könnte noch ausgebaut werden, wenn Renningen mit seiner S-Bahnhaltestelle an die Linie angeschlossen würde. Für ÖPNV Nutzer aus Renningen und Weil der Stadt wäre es sehr attraktiv, diese Linie ohne den langen Umweg über die Stuttgarter Innenstadt zu nutzen. Auch für bisherige Autofahrer könnte diese Anbindung zum Umstieg führen.

Nicht zuletzt kann die Linie 747 dadurch langfristig gesichert werden.

Birgit Widmaier

Antrag:

Die unter TH 06, PB54, 5410, G5410027 aufgeführte neue Planung für die Bahnunterführung Silberberg wird mit einem Sperrvermerk belegt.

Begründung:

Es ist vor einer Fortführung der Planungen und vor Beginn eines mittlerweile schon doppelt so teuren Umbaus, wie noch 2016 beantragt, zu prüfen, ob nicht mit kostengünstigeren, straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen (Spielstraße, Shared Space...) ein mindestens ebenso guter Effekt zur Steigerung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erreicht werden kann. 120.000 Euro zur Anlage der Fortführung eines Gehwegs sind sicherlich nicht adäquat, da damit z.B. die sichere Anbindung des überörtlichen Radwegs immer noch nicht gewährleistet ist.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Zur Beschleunigung der Attraktivitätssteigerung des ÖPNV beantragen wir, im Haushalt zusätzlich 100.000 Euro einzuplanen für die kurzfristige Herrichtung von mindestens zehn weiteren barrierefreien Bushaltestellen an zentralen Stellen der Stadt.

Begründung:

Die Verkehrssituation in Leonberg macht es notwendig, mit vielen unterschiedlichen Maßnahmen dazu beizutragen, dass die Mobilität der Menschen in unserer Stadt vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zu anderen Formen der Fortbewegung umgesteuert wird.

Barrierefreie Haltestellen sind nicht nur wichtig für Rollstuhlfahrer oder Sehbehinderte, sondern für alle älteren MitbürgerInnen (deren Zahl kontinuierlich steigt), nicht erst wenn sie mit einem Rollator unterwegs sind. Ebenso für Eltern mit einem Kinderwagen oder Kinder mit einem Laufrad. Darüber hinaus ist jeder Einkäufer dankbar, der einen gut gefüllten Einkaufstrolley hinter sich her zieht, weil er oder sie den Einkauf nicht mit dem Auto machen will oder kann.

Sicherlich wird die Anlage dieser Haltestellen bis zu einem gewissen Grad kostengünstiger, wenn gleich 10 Wartehäuschen und (seniorengerechte) Bänke geordert werden, statt immer mal wieder ein Exemplar, wenn gerade eine Straße umgebaut wird.

Deckungsvorschlag: Aus den 900.000 Euro für die Straßenunterhaltung in TH06, PB54 5410

Sebastian Werkbe

Antrag:

Für Treppenschienen am Fest- und Marktplatz Steinstraße werden 2.000 im Haushaltsplan eingestellt.

Begründung:

Jeden Samstag kommen aus dem Wohnquartier Blosenberg viele Menschen mit ihren Einkaufstrolleys auf den Markt. Durch die bald durchgängige verkehrsfere Fußwegverbindung bis zur Blosenbergkirche und die neuen Wohnungen dürfte sich die Zahl dieser Menschen eher noch steigern.

Die ganze Woche über besuchen Eltern mit Kinderwagen den Spielplatz am Reiterstadion. Für beide Zielgruppen wäre es eine große Erleichterung und wiederum eine Maßnahme für bessere Fußwege-Verbindungen, wenn die Treppenstufen mit einem Schienensystem ergänzt würden.

Sebastian Werkbe

Antrag:

Alle Grüninseln der Stadt sowie vorhandene Freiflächen an Verkehrsinseln werden zukünftig ausschließlich mit Wildblumenwiesen o.Ä. bepflanzt. Wo nicht möglich werden zumindest Blühstreifen eingerichtet.

Begründung:

Nahezu täglich erscheinen neue Meldungen zu Insekten- und Vogelsterben. Diese Maßnahme soll als erster Schritt verstanden werden, dem auf unterster Ebene entgegen zu wirken

Birgit Suckut

Antrag:

1. In Position 13 des Haushaltsentwurfes /allg. Sach- und Dienstleistungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales) und die Jugendmusikschule und die Volkshochschule. Eventuelle Einsparung ca.1 Mio Euro.
2. In Position 18 des Haushaltsentwurfes / sonstige ordentliche Aufwendungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales) und die Jugendmusikschule und die Volkshochschule. Eventuelle Einsparung ca.100 TEuro

Begründung:

Die Positionen 13 und 18 betreffen nahezu alle Bereiche im Haushalt. Eine Darstellung über die Verwendung der Mittel ist allerdings nur bei wenigen Positionen im Entwurf zu finden. Eine Globale Minderausgabe von 5% als Haushaltssperre ist vertretbar.

Dr. Bernd Murschel

Antrag:

Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie erarbeiten eine Konzeption zum weiteren zukünftigen Ausbau eines Nahwärmenetzes im Bereich der Stadtmitte Leonberg.

Begründung:

Die Stadt Leonberg hat beschlossen einen Vertrag mit den Stadtwerken Sindelfingen zur Wärmeversorgung im Layherareal abzuschließen. Die Sindelfinger Stadtwerke werden als Dienstleister über mindestens 15 Jahre die Versorgung übernehmen. Mittelfristig sollte die Stadt ebenfalls stärker in den Bereich Energie und Wärme einsteigen. Dabei ist zu prüfen, wie eventuelle Erweiterungsobjekte entlang der Eltinger Straße bzw. Römerstraße an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können und wie im Rahmen des Vertrages mit den Sindelfinger Stadtwerken ein Eigenengagement der Stadtwerke bzw. LEO-Energie möglich ist. Neben den ökologischen Vorteilen erschließen sich damit auch eventuelle monetäre Erlöse.

BUND und Land fördern aktuell die Erstellung von Wärmeplänen mit eigenen Programmen.

Dr. Bernd Murschel

Antrag:

Die **Fortschreibung und Umsetzung des Lärmaktionsplans** erfordert zusätzliche Mittel in Höhe von 100 TEuro

Begründung:

Der Gemeinderat hat die Fortschreibung des Lärmaktionsplans beschlossen. Ein großes Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Leonberg zeigt sich durch die vielfältigen Anregungen und Vorschläge im Rahmen der Beteiligungsmöglichkeiten. Der größere Betroffenheitsgrad für Lärmschutzmaßnahmen erfordert zusätzliche Mittel.

Dr. Bernd Murschel

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Schaffung eines neuen Zebrastreifens zwischen Rathausvorplatz und gegenüberliegendem Zugang zum „Eltinger Fußweg“ zügig in Angriff zu nehmen.

Begründung:

Eine direkte Quermöglichkeit ohne lange Wartezeiten ist im Sinne des Stadtboulevards unverzichtbar. Die aktuelle Situation der „Hasenüberquerung“ kann der Anbindung der einzelnen Abschnitte nicht dienlich sein.

Birgit Suckut